

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Martina Dvoracek / Karin Gasser, GB) vom 1. Dezember 2005: Mehr natürliche Vegetation im Strassenraum (05.000382)

In der Stadtratssitzung vom 6. Juli 2006 wurde das folgende Postulat Fraktion GB/JA! erheblich erklärt:

Strassen sind in erster Linie Zweckbauten, die wir zur Erfüllung unserer Mobilitätsbedürfnisse benötigen. Es sind meist graue, schwarze, gepflästerte, asphaltierte Adern, die zwischen Häuserzeilen, Stadtteilen oder durch Industriegebiete Verbindungen herstellen. Strassenraumteile bergen aber auch ein Potential für den ökologischen Ausgleich im Siedlungsgebiet. In der Stadt Bern sind Strasseninseln heute meist tote Inseln. Ein Teil von ihnen sind reine Steuerungsinseln und sind nicht für die Benutzung durch die Fussgängerinnen und Fussgänger vorgesehen. Sie bergen damit geeignete Flächen für mehr natürliche Vegetation im Strassenraum.

Mit einer laufenden – wasserdurchlässigen – Begrünung dieser Strasseninseln bei Strassenumbauten, Renovationen, Leitungslegungen etc. liessen sich diese heute anonymen Unorte in lebendige, grüne Kleinstoasen verwandeln. Naturnahes strassenbegleitgrün bietet für Flora und Fauna wichtige Ersatzlebensräume im urbanen Raum. Uns Menschen bereiten sie kleine Freuden im Alltag und werten die grauen, technikorientierten Strassenräume ästhetisch auf. Dazu kommen weitere ökologische Gründe: Erhöhung des Wasserrückhaltevermögens, Entlastung der Siedlungsentwässerung (Kläranlage), Verstärkung der mikroklimatischen Wirkung.

Die Stadt Basel verfolgt diese Strategie bereits seit mehreren Jahren, was zu einer erfreulichen Gestaltungsentwicklung des Strassenraums beiträgt.

Wir fordern deshalb vom Gemeinderat, dass er

im Rahmen von Strassenumgestaltungen, -sanierungen etc. (Gleis, Gasleitung, Gestaltung etc.) nicht begangene Strasseninseln mit extensiver, naturnaher, einheimischer Vegetation und wasserdurchlässigem Belag, Steinen etc. begrünt.

Bern, 1. Dezember 2005

Motion Fraktion GB/JA! (Martina Dvoracek / Karin Gasser, GB), Anne Wegmüller, Myriam Duc, Franziska Schnyder, Natalie Imboden, Catherine Weber, Urs Frieden

Bericht des Gemeinderats

In seiner Antwort vom 31. Mai 2006 hat der Gemeinderat bereits dargelegt, dass der öffentliche Raum der Stadt Bern auf verschiedenste Arten genutzt und unterschiedlichen Zwecken und Interessen dient. Die berechtigten Anliegen des Vorstosses seien daher differenziert zu betrachten und der Gemeinderat sei bereit, sie im Rahmen der Erarbeitung der von der Bauordnung geforderten „Richtlinien für die Koordination der Nutzung, die Gestaltung und die Sicherheit im öffentlichen Raum“ zu überprüfen (Art. 71 der Bauordnung).

Die erwähnten Richtlinien liegen im Entwurf vor, konnten aber noch nicht allen massgeblichen Gremien zur Stellungnahme unterbreitet werden; vorgesehen ist daher, sie Anfang 2008 zu erlassen.

Artikel 71 der Bauordnung und die Richtlinien verfolgen das Ziel, dem öffentlichen Raum in der Stadt Bern ein spezielles Augenmerk zukommen zu lassen und seine Attraktivität zu steigern. Die Richtlinien formulieren eine Grundhaltung der Stadt Bern bezüglich Gestaltung und Sicherheit in öffentlichen Räumen. Es soll eine positive Entwicklung der öffentlichen Räume gefördert werden, um das Bewusstsein für die Wechselbeziehung von Ästhetik, Nutzerfreundlichkeit und Unterhaltsaufwand zu schärfen.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die im Postulat verlangte extensive Begrünung bestimmter Strassenbereiche nicht als Standardlösung erfolgen kann. Vielmehr sollte jeweils abhängig von den Gegebenheiten und somit projektbezogen entschieden werden; dies selbstverständlich unter Beachtung der erwähnten Richtlinien. Dabei ist die Gewichtung aller Aspekte zu berücksichtigen.

Grundsätzlich anerkennt der Gemeinderat die ökologischen Vorzüge der extensiven Begrünung und er ist stets bestrebt, möglichst gute Lösungen für den öffentlichen Raum zu finden. Er muss aber auch zu bedenken geben, dass die Begrünung bestimmter Strassenbereiche mehr Unterhaltsaufwand und somit auch mehr Kosten zur Folge hat. Angesichts der derzeitigen finanziellen Lage der Stadt Bern wird dem Anliegen des Postulats deshalb nur in bestimmten Einzelfällen entsprochen werden können.

Bern, 20. Juni 2007

Der Gemeinderat